



Es ist zu begrüßen, dass die Gaspreisbremse von März auf den Januar vorgezogen wird, trotzdem reicht das Geld nicht bis zum Monatsende. Die Preissteigerungen verschlingen das Geld. Die Tafeln sind völlig überlastet. Eine warme Wohnung wird für immer mehr Menschen unerschwinglich.

Die bisherigen Entlastungspakete reichen nicht aus. Für viele reichen die Einkünfte schon bisher kaum, um über die Runden zu kommen. Das sind vor allem viele Rentner, Studierende, Alleinerziehende, Menschen mit Niedriglöhnen, Sozialleistungen oder mit ALG II/ Bürgergeld, Asylsuchende und Migrantenfamilien. Zunehmend geraten nun auch Familien mit mittlerem Einkommen in Bedrängnis.

Gesunde Ernährung und eine warme und bezahlbare Wohnung sind Grundrechte!

Wir fordern daher kurzfristig:

- **Die Entlastungen müssen sozial gerecht verteilt werden!**
- **Wer wenig hat, braucht mehr!**
- **Sofortiger Energiepreisdeckel**

- **Es darf keine Gas- oder Stromsperren geben!**
- **Keine Wohnungskündigungen oder Zwangsräumungen bei Mietrückständen!**

Gewerkschaften, Sozialverbände und Organisationen wie Attac haben eine Reihe weiterer Forderungen aufgestellt.

Das Geld ist da.

Manche Konzerne machen in der Krise Riesengewinne. Der Gewinn des Energiekonzerns RWE wird in diesem Jahr auf 5 bis 5,5 Milliarden Euro anschwellen.

Der größte Ölkonzern Europas – Shell - konnte allein im zweiten Quartal 2022 seinen Gewinn auf 18 Milliarden Dollar verfünffachen!

Mit Energie und Nahrung wird an den Börsen spekuliert. Mit Hunger und Energiearmut lassen sich gute Geschäfte machen. Damit werden die Preise weiter hochgetrieben.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch in der Corona-Krise immer weiter auseinander. Den 10 reichsten Deutschen wurde in der Corona-Pandemie



ihr Vermögen von etwa 125 auf 225 Milliarden Euro vergrößert. Sie bekamen 100 Milliarden Euro hinzu.

Deshalb brauchen wir eine Übergewinnsteuer!

Mit einer Übergewinnsteuer könnten die Steuereinnahmen in Deutschland bis zu 101 Milliarden Euro höher sein, je nach Höhe des Steuersatzes. Dieses Geld wäre dringend notwendig für die Nachbesserungen, die die Expertenkommission zu Gas und Wärme fordert.

Eine Energiepreisbremse muss sozial orientiert und sozial gerecht ausgestaltet werden.

Übrigens: Viele europäische Länder haben eine Übergewinnsteuer schon eingeführt!

Für Menschen mit geringem Einkommen gibt es Möglichkeiten, sich die Heiz- und Betriebskosten erstatten zu lassen. Das gilt auch für Beziehende von Grundversicherung, von Rente, Arbeitslosengeld I oder Krankengeld, für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende. **Weitere Informationen und Anträge finden Sie auf dieser Website**



Wir treten gemeinsam dafür ein:

- **Attac-Minden**
- **Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.**
- **Der Paritätische NRW, Kreisgruppe Minden-Lübbecke**
- **Tibet-Gruppe Minden-Porta**
- **Ver.di-Regionalvorstand Minden-Lübbecke**
- **Zivilgesellschaftliches Bündnis Seebrücke-Minden**